

kundzutun und Zeugnisse seiner Siege zu hinterlassen. Faßt man beides zusammen, wird man sagen dürfen, daß gute Werke von uns gefordert und erbracht werden als Zeichen dessen, daß wir von Gott gesegnet worden sind. Gott segnete, indem er uns in die Herrschaft seines Sohnes stellte und zu Jüngern machte. Es ist unmöglich, daß wir darauf nicht Antwort und Dank, und zwar in allen unsern Lebensbeziehungen und Verhältnissen, geben sollten und durch unser Tun nicht Zeugen der Präsenz und des Regnums Christi auf Erden zu sein hätten. Statt andere und unsere Erde nach unserm Bilde zu prägen, spiegeln wir mit unsern Werken, wem wir gehören, und setzen so Zeichen seiner schon angebrochenen Herrschaft in einer Welt der Götzen und dämonischen Gewalten.

Christus befreit und eint. Wir haben uns nicht vor dem Eingeständnis gedrückt, wie diskreditiert solche Botschaft gerade durch Christen und Kirchen geworden ist. Unsere Schuld erlaubt uns jedoch nicht, Christi Herrschaft auf Erden und in der Gegenwart quer durch alle christlichen Organisationen zu leugnen. Unsere Schuld begräbt den Auferstandenen nicht nochmals, so wenig die Besessenheit der Welt das Bild des Gekreuzigten zu verbannen mag. So bleibt uns nichts übrig, als uns aus unserer Armut und Schande in seine Herrschaft rufen zu lassen, auf daß wir in seinem Reiche unter ihm leben und ihm dienen, Zeichen dafür, daß er größer ist als alles, was sonst Macht beansprucht und übt und daß er eine befreite Gemeinde sich aus Feinden und unter Feinden zu schaffen angefangen hat.

## „Jesus Christus befreit und eint“

Bemerkungen zum Thema der Fünften Vollversammlung  
aus der Sicht eines evangelischen Theologen aus der DDR

VON GOTTFRIED FORCK

In einem Gespräch im Anschluß an einen Bericht von einer ökumenischen Tagung fragte kürzlich eine junge Theologin die Redakteurin der Evangelischen Monatsschrift „Die Zeichen der Zeit“, warum in ihrer Zeitschrift so viele Berichte aus der Ökumene abgedruckt würden. Man wünsche sich eigentlich mehr theologische Aufsätze, die zu einer besseren Bewältigung unserer eigenen Glaubensproblematik helfen können. Und in einer Diskussion nach

einem Gottesdienst, in dem zur Vergegenwärtigung des Leidens Christi auch Bilder aus Vietnam und Chile gezeigt worden waren, sagte ein junger Mann, man solle doch seine Beispiele nicht aus andern Bereichen der Welt holen, sondern sich an das halten, was hier bei uns passiere. Beide Stellungnahmen zeigen, daß das Interesse an Vorgängen in der Welt zum Teil durchaus gemäßigt ist. Die eigenen Probleme werden als wichtiger empfunden. Es ist offenbar noch nicht überzeugend gelungen, allen Pfarrern und Gemeindegliedern deutlich zu machen, inwieweit Fragen und Entscheidungen in anderen Teilen der Welt und ökumenische Beratungen uns zur eigenen Entscheidung und Aktion herausfordern und zur Lösung unserer eigenen Fragen beitragen. Die durch Jesus Christus vorgegebene Einheit aller Christen in der Welt wird zwar theoretisch von fast allen bejaht, aber praktisch noch nicht als Verpflichtung zum Mitdenken und Mithandeln empfunden.

Dennoch gibt es in den Kirchen der DDR Gemeinden und Arbeitskreise, die sich — freilich meist durch die Initiative einzelner angeregt — schon seit einiger Zeit mit der Thematik von Nairobi befassen. In einigen Gemeinden werden auch die für die Fünfte Vollversammlung vorgesehenen Bibelarbeiten in Bibelstunden und Hauskreisen besprochen. Allerdings wird dabei mehr nach der Bedeutung dieser Texte für uns als Christen in der DDR als nach der für Christen in anderen Teilen der Welt gefragt. Darüber hinaus haben vereinzelt Gespräche mit Christen aus unseren sozialistischen Nachbarstaaten über Themen der für Nairobi vorgesehenen Sektionen stattgefunden und sind weitere geplant.

In all diesen Kreisen ist man sich klar darüber, daß das Thema „Jesus Christus befreit und eint“ für alle Kirchen der Welt von großer Bedeutung ist. Die Schwierigkeit besteht für uns nur darin, die politische und kirchliche Lage in der westlichen Welt und in den Entwicklungsländern richtig einzuschätzen. Durch die propagandistische Überdosis der parteilichen Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen sind wir manchmal auch richtigen Informationen gegenüber mißtrauisch. Gerade deshalb sind uns alle offiziellen Erklärungen des Ökumenischen Rates der Kirchen und seiner Genfer Zentrale eine besondere Hilfe.

Es muß auch bedacht werden, daß wir nur sehr wenige Kontakte mit den Christen in den nicht sozialistischen Ländern aufnehmen können. Erst seit der Anerkennung unseres Staates durch die Mehrzahl der anderen Nationen können wir offizielle Besuche aus den anderen Kirchen der Welt empfangen und einzelne Vertreter unserer Kirchen zu Gegenbesuchen entsenden. Dabei muß bedauernd festgestellt werden, daß es bisher vorwiegend zu Kontakten auf der Ebene der Kirchenleitungen gekommen ist. Die Gemeinden sind von den offi-

ziellen Besuchen bisher fast nur in den größeren Städten unserer Republik erreicht worden. Die Gemeindebesuche der Teilnehmer an der Tagung des Exekutivkomitees des Ökumenischen Rates der Kirchen in Bad Saarow im Frühjahr 1974 bildet in diesem Zusammenhang eine rühmliche Ausnahme. Auch sind die Delegationen unserer Kirchen zum Besuch der Kirchen anderer Länder meist aus kirchenleitenden Persönlichkeiten zusammengestellt worden, weil es erheblich schwieriger ist, die Ausreisegenehmigung für kirchliche Mitarbeiter und Laien auf der Gemeindeebene zu bekommen. So sind die Kirchengemeinden in den kleineren Städten und Dörfern von den Vorgängen in der weltweiten Ökumene nur durch die gefilterten Berichte der kirchlichen Presse und gelegentlich durch Vorträge von Teilnehmern an ökumenischen Tagungen und Besuchsreisen orientiert.

Es gibt zwar eine ganze Reihe von afrikanischen und asiatischen Studenten an unseren Universitäten und Hochschulen, aber es ist nur selten gelungen, mit ihnen über Fragen ihres Glaubens und Lebens ins Gespräch zu kommen. Verständlicherweise ist unseren staatlichen Stellen eine Kontaktaufnahme von Christen oder Kirchengemeinden mit solchen Studenten auch unerwünscht, da sie jede christliche Beeinflussung ausschließen wollen.

So können wir uns mit der Frage, was die Befreiung durch Christus für Menschen in den Entwicklungsländern bedeutet, meist nur indirekt beschäftigen. Uns ist aber bewußt, daß diese Befreiung politische, soziale und wirtschaftliche Konsequenzen hat und haben muß. Wir würden zu solcher Befreiung gern noch wirksamer helfen. Unsere Möglichkeiten sind aber sehr beschränkt, da die als „Brot für die Welt“ gesammelten Beträge jeweils nur über das Rote Kreuz der DDR als erste Hilfe in Länder abgeführt werden konnten, die von einer Katastrophe betroffen waren. Größere Projekte über Katastrophenhilfen hinaus haben sich noch nicht realisieren lassen. So wird manchmal von den Kirchenleitungen bewußt nicht zur Spendenaktion „Brot für die Welt“ aufgerufen, weil noch nicht alle vorher dafür gesammelten Beträge abgeführt werden konnten. Bisher sind von den evangelischen Kirchen und Freikirchen in der DDR rund 40 Millionen Mark aufgebracht worden. Das ist — umgerechnet auf die Gemeindeglieder — eine beschämend geringe Summe. Zwar wäre sicherlich sehr viel mehr geopfert worden, hätten die Kirchen jeweils auf ganz bestimmte Projekte hinweisen können. Aber es ist klar, daß auch die dann zu erwartenden Gelder nur als ein Almosen aus dem Überfluß angesehen werden müßten. Als wirksamer Beitrag zur Befreiung zweier Drittel der Menschheit von der Geißel des Hungers, der Krankheit und der Armut könnten sie jedenfalls nicht bezeichnet werden.

Auch die Sammlungen unserer Kirchen für das ökumenische Programm zur Bekämpfung des Rassismus, die nun zum dritten Mal in den evangelischen Gemeinden der DDR durchgeführt werden, haben vor allem einen zeichenhaften Charakter. Die Unterstützung der Befreiungsbewegungen hat übrigens in den Pfarrkonventen und Gemeinden manche Diskussion ausgelöst. Es hat nicht wenige gegeben, die eine Befreiung mit Waffengewalt als unvereinbar mit dem christlichen Gewissen abgelehnt und deshalb auch gegen eine Unterstützung der Befreiungsbewegungen votiert haben. Sie haben nur zum Teil von dem guten Ziel des Antirassismus-Programms überzeugt werden können. Immerhin sind die beiden ersten Sammlungen mit leidlichem Erfolg gelaufen. Da inzwischen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien die Waffen ruhen und Guinea-Bissau, Mozambique und Angola ihre Unabhängigkeit erlangt haben oder in Kürze erlangen werden, hat die dritte Sammlung zur Bekämpfung des Rassismus, die nun bei der Beseitigung der Folgen rassistischer Unterdrückung helfen soll, noch mehr Aussicht auf Erfolg. So besteht die Hoffnung, daß die an uns gerichteten Bitten um Ausrüstungen von Schulen und Krankenstationen, um Bekleidung und Werkzeuge im Wert von einer Million Mark erfüllt werden können.

Über diese Aktionen der Kirche hinaus ist in Gesprächen kirchlicher Mitarbeiter mit Vertretern unseres Staates gelegentlich darauf hingewiesen worden, daß der Lebensstandard in der DDR inzwischen so gestiegen ist, daß nun in vermehrtem Umfang auch staatlicherseits für die Entwicklungsländer etwas getan werden solle und könne.

Auf diese Hinweise ist bisher geantwortet worden: 1. könne die DDR nur Staaten mit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung unterstützen, weil in anderen Staaten nicht die Gewähr gegeben sei, daß die Unterstützung wirklich allen Teilen der Bevölkerung in gleicher Weise zugute käme; und 2. gehöre es zum Programm des Sozialismus, zuvor die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung über die kapitalistische auch für den Lebensstandard aller Bevölkerungsschichten zu erweisen. Es muß dazu ergänzt werden, daß eine vermehrte Hilfsaktion unseres Staates für Menschen in den Entwicklungsländern auf Kosten unseres eigenen Lebensstandards zweifellos eine unpopuläre Maßnahme wäre. Sie würde sicher auch nicht in allen Kreisen der Kirchen der DDR auf Fürsprache und Unterstützung rechnen können. Mit anderen Worten — und etwas zugespitzt formuliert —: Wir sind für die Befreiung unterdrückter Menschen und sind zu gelegentlichen Hilfsaktionen auch gern bereit, wenn wir dabei unsere eigenen Lebensgewohnheiten in vollem Umfang beibehalten und sie vielleicht sogar noch ein wenig verbessern können.

Angesichts unseres sehr bescheidenen Beitrages, der Befreiung durch Christus und ihren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen in anderen Teilen der Welt durch unseren Einsatz und unser Verhalten zu entsprechen, überrascht es uns, daß in der Ökumene die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche bei uns und die Rolle der Christen in unserer sozialistischen Gesellschaft offenbar mit großen Erwartungen beobachtet werden. Steht etwa die Frage dahinter, wie denn große reformatorische Kirchen ihr Selbstverständnis und ihr Leben in einer sozialistischen Gesellschaft gestalten? Bekanntlich kann der sozialistische Staat von seinen marxistisch-leninistischen Voraussetzungen her der Kirche nur einen im wesentlichen auf den Kult begrenzten Raum zubilligen. Eine reformatorische Kirche sieht sich aber unter dem Auftrag, Christus als den Herrn aller Lebensbereiche allen Menschen zu bezeugen. Auch beansprucht die sozialistische Gesellschaft jeden einzelnen Bürger ganz, während jeder evangelische Christ sich *umfassend* allein von dem Zuspruch und Anspruch des Evangeliums leiten lassen kann. Das kennzeichnet die Spannung, in der wir stehen, und läßt auch schon die Gefahren ahnen, denen wir erliegen können. Eine Gefahr besteht in einer fast bedingungslosen Anpassung an die gesellschaftlichen Verhältnisse und die dort vorhandenen Vorstellungen von Kirche. Die andere besteht in einer mehr oder weniger radikalen Absage an den Sozialismus unter Leugnung fast aller Aufgaben, die von Sozialisten und Christen gemeinsam angepackt und bewältigt werden könnten.

Mit einem gewissen Recht kann man sagen, daß wir uns als Kirchen und einzelne Christen in der DDR seit Ende des Krieges 1945 in einem allmählichen Prozeß innerer Befreiung befinden. Damit ist gemeint, daß wir die sozialistische Umwelt, in der wir leben, mehr und mehr als den Ort anerkennen, an dem wir die uns von Christus geschenkte Freiheit als Christen zu bewahren haben. Nach dem 8. Mai, der bei uns als Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus gefeiert wird, ist ja die von der Sowjetunion geförderte Diktatur des Proletariats lange Zeit von den meisten Christen allzuschnell als „ein Regiment der Gewalt und Unwahrhaftigkeit“ bezeichnet worden. Dafür ließen sich aus den ersten Jahren nach dem Kriege eine ganze Reihe kirchlicher Verlautbarungen anführen.

Eine Ausnahme bildet in diesem Zusammenhang das Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes vom 8. August 1947, in dem es unter anderem heißt:

„3. Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ‚christliche Front‘ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und

Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen . . .

5. Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.

6. Indem wir das erkennen und bekennen, wissen wir uns als Gemeinde Jesu Christi freigesprochen zu einem neuen, besseren Dienst zur Ehre Gottes und zum ewigen und zeitlichen Heil der Menschen. Nicht die Parole: Christentum und abendländische Kultur, sondern Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten in der Kraft des Todes und der Auferstehung Jesu Christi ist das, was unserem Volk und inmitten unseres Volkes vor allem uns Christen selbst not tut.“

Dieses Wort hat aber in den Gemeinden und — wenn ich recht sehe — auch bei den Kirchenleitungen in unserem Bereich zunächst nur wenig Resonanz gefunden.

Wichtig zur Erkenntnis dessen, welche Freiheit Christus uns in unserem Raum gegeben hat, waren in den fünfziger Jahren die beiden Aufsätze von Johannes Hamel „Christ in der DDR“ (1957) und „Christenheit unter marxistischer Herrschaft“ (1959), die beide in der „unterwegs“-Reihe in West-Berlin erschienen sind. Was Hamel damals sagte, stand allerdings noch ganz unter der Voraussetzung der einen Evangelischen Kirche in Deutschland und markiert insofern nur eine Station auf dem Wege. Immerhin beschreibt er eine uns von Christus geschenkte Freiheit, in der die Christenheit in der DDR damals jedenfalls weithin noch nicht lebte. So heißt es in einer Passage seines zuerst genannten Aufsatzes: „Es geht — bei uns als der Christenheit in der DDR — vielmehr um die Frage: lassen wir uns Herz und Gewissen und Denken freihalten durch das lebendige Wort, um zwischen sämtlichen Fronten als das ‚dritte Geschlecht‘ zu stehen, das Gottes Macht erkennt und preist und seinen Botendienst praktiziert, wo die Kinder dieses Äons aus der Festlegung durch die Ungläubigen, durch die Misere, durch die Zukunftslosigkeit und die gewiß nicht harmlose atheistische Welle nicht herausfinden? Die Ohren der Christenheit in der DDR haben diese Freiheitsbotschaft in ihrer weitaus großen Mehrzahl nicht gehört. Man hat dieser Botschaft daher auch nicht Gehorsam geleistet. Das Kennzeichen

dieser Christenheit ist, wenn nicht alles täuscht, in erster Linie nicht das Ja Gottes zu dieser gottfeindlichen Welt, in der die Gemeinde auch im Leiden und Sterben den Herrn preist und für ihre Bedrucker betet. Es ist vielmehr das entweder offen proklamierte oder nur heimlich mitgesprochene Nein zu den Übertretungen der Gebote Gottes im kleinen und im großen. Dieses — sehr begrüßenswerte und keinesfalls zu unterlassende — Nein sollte aber nur das Salz der Speise sein. Die Speise selbst ist die Zusage jenes Ja der Barmherzigkeit mit dieser verlorenen Welt, zu der wir in erster Linie selbst gehören. Ob die Christenheit der DDR zu diesem Ja findet und dann auch zu Gottes Handeln mit uns durch die Mächtigen ein „Ja“ sagt und tut?“ (unterwegs Bd. 2, S. 29f).

Noch uneingeschränkter als diese Rede vom „dritten Geschlecht“ konnte jene andere Aussage als Wegweisung angenommen werden: „Die Christenheit wird im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren versuchen, Härten zu lindern und auch die Diktatur daran erinnern, daß Herrschen zur rechten Zeit auch Milde und Gnade einschließt und ihrer nicht entbehren kann, aber sie hat sich klar und unmißverständlich von all denen zu scheiden, die es im Namen der ‚Freiheit‘ unternehmen, die Diktatur zu unterhöheln oder zu stürzen. Sie geht diesen Weg des Gehorsams, weil sie dem folgt, dessen Souveränität über diese Diktatur sie verkündigt und dem sie mehr gehorcht als allen staatlichen Gesetzen und Anordnungen zusammengenommen. Auch unter der Diktatur ist und bleibt sie die freigemachte Schar, sofern sie ihr Evangelium noch versteht und befolgt. Nur ihr eigener Unglaube zusammen mit Feigheit, Faulheit, Blindheit oder Eigennutz könnte sie zu einer versklavten Kirche machen, die sich damit ganz sicher ihren eigenen Untergang bereitet“ (unterwegs Bd. 7, S. 77).

Hilfreich war auch der „Brief“ Karl Barths „an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik“ (1958), wenn er zunächst auch bei Pastoren und Gemeinden auf erheblichen Widerstand gestoßen ist. Auch in ihm ist indirekt von einer Freiheit die Rede, die uns nicht von außen gegeben wird, sondern uns von Christus her zukommt. Es lohnt sich auch heute noch, die folgenden Sätze zu bedenken, die Karl Barth damals geschrieben hat: „Ich kann an eine der Kirche gebotene oder auch nur erlaubte ‚Selbstverteidigung‘ so wenig glauben wie an einen ihr legitim zukommenden ‚Öffentlichkeitsanspruch‘. ‚Raum für eine ungehinderte Verkündigung‘ zu bekommen, kann sie vom Staat und von der Gesellschaft wohl in guter Hoffnung *erwarten*, und wenn sie ihn bekommt, dankbar davon Gebrauch machen. Ein zu verkündigendes *Recht* darauf hat sie nicht und auf ein solches zu pochen, hat keinen Sinn. Hat sie nicht alle Hände voll mit der Frage zu tun: ob denn das, was sie in dem ihr zugebilligten großen oder kleinen oder kleinsten Raum zu ‚verkündigen‘ ge-

denkt, die Verkündigung dessen, was ihr aufgetragen ist, die Ausrichtung der guten Botschaft vom Reiche Gottes wirklich ist? — und mit der immer wieder neu aufzunehmenden Bitte und Arbeit, daß es das immer mehr, strenger, fröhlicher, einseitiger *werden* möchte? Denken Sie nicht auch, daß diese Botschaft, sofern wir dort und hier — aber das dürfte weder dort noch hier einfach vorgegeben und vorauszusetzen sein — ihre Botschafter wirklich sind, Macht genug hat, sich, wo die alten ‚Räume‘ uns versagt oder empfindlich geschmälert werden, neue Räume zu schaffen, über deren Existenz sich die Bedränger vielleicht eines Tages fassungslos wundern könnten? Lassen Sie es, ohne mit Maßnahmen zur Verteidigung der alten Räume viel Zeit und Kraft zu verlieren, darauf ankommen, wessen Licht, wenn die Dinge auf unserer Seite in Ordnung gehen, länger brennen wird!“ (a.a.O. S. 37).

Die Stellungnahmen von Johannes Hamel und Karl Barth haben in den „Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche“ eine gewisse Aufnahme gefunden, die 1963 von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR einmütig als Wegweisung für die Gemeinden verabschiedet worden sind. Noch nachhaltiger haben aber im Blick auf die Bestimmung der Freiheit die sieben Sätze des Weißenseer Arbeitskreises gewirkt, wenn sie auch nie eine offizielle Anerkennung durch die Kirchenleitungen gefunden haben. Sie tragen die bezeichnende Überschrift „Von der Freiheit der Kirche zum Dienen“ und haben also das in den Zehn Artikeln nicht genügend geklärte Nebeneinander von Freiheit und Dienst — einer Anregung von Karl Barth folgend — in eine eindeutige Zuordnung verwandelt. Was in diesen sieben Sätzen über die Freiheit des Christen gesagt wird, entspricht etwa dem, was heute von vielen evangelischen Christen in unserem Staat gedacht wird: „Die Kirche kann, wenn sie die freie Gnade Gottes für alle bezeugt, nicht Ankläger, Verteidiger oder gar Richter der Parteien der Welt sein. Erst recht kann sie nicht selbst zur Partei der Christen gegenüber den Nichtchristen werden. Dagegen tragen wir, ihre Glieder, im freien Gehorsam des Glaubens konkrete gesellschaftliche Verantwortung, die wir im Denken, Arbeiten und politischen Handeln wahrzunehmen haben. Darum stehen wir vor der Aufgabe, für menschliches Leben, Recht und Frieden Partei zu ergreifen, ohne eine christliche Front aufzurichten. Im Glaubensgehorsam sind wir dessen gewiß, daß uns nichts von Gottes Liebe scheiden kann. Darum begegnen wir der nichtchristlichen Gesellschaft nicht ängstlich oder gehässig, sondern hilfsbereit und besonnen und können so auch in der sozialistischen Gesellschaftsordnung verantwortlich mitleben. Dabei haben wir — frei von Antikommunismus und Opportunismus — zu prüfen, was Gott von uns will, und seinen guten Willen zu tun. So werden wir der Erhaltung des Lebens durch Mitarbeit und kritischen Rat dienen und jeder

Gefährdung des Lebens wehren. Wir werden die in Jesus offenbare Liebe Gottes zur Welt nur so bezeugen können, daß wir von dem weltanschaulich-philosophischen Gegenüber von Theismus und Atheismus nicht mehr fixiert werden. So leben wir täglich aus Gottes Gnade in sorgloser Gelassenheit und gehorchen Gottes menschenfreundlichem Wort, frei gegenüber allen Weltanschauungen und Gedankensystemen, gegenüber allen menschlichen und also auch sozialistischen Geboten der Moral“ (Die Zeichen der Zeit, 1964, S. 235 f).

Die darin ausgesprochene Zuordnung von Freiheit und Dienst ist inzwischen in allen Kirchen des Bundes unbestritten. So konnte das Thema der Bundessynode 1972 lauten: „Christus befreit — darum Kirche für andere“. Der Referent, Heino Falcke, führte zu diesem Thema unter anderem folgendes aus: „Der Sozialismus ist angetreten mit dem Protest und Kampf gegen das Elend des Menschen unter knechtenden Verhältnissen und mit dem Anspruch, alle Selbstentfremdung und Knechtschaft abzuschaffen und das Reich der Freiheit zu bringen. Kreuz und Auferweckung Christi machen uns kritisch gegen diesen übersteigerten Anspruch. Aber gerade der befreiende Christus, seine Solidarität mit den Leidenden, seine Verheißung der Freiheit nötigt uns, den sozialistischen Protest gegen das Elend des Menschen aufzunehmen und mitzuarbeiten an der Aufgabe, unmenschliche Verhältnisse zu wandeln, bessere Gerechtigkeit und Freiheit zu verwirklichen. So werden sich Christen überall engagieren, wo es gilt, die sozialistische Gesellschaft als gerechtere Form des Zusammenlebens aufzubauen und in ihren Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen dem Menschen zu dienen.“ Konnte sich Falcke bei dieser Aussage einer verhältnismäßig breiten Zustimmung erfreuen, so erregte er mit einer anderen Widerspruch bei einigen lutherischen Theologen und den heftigen Protest staatlicher Stellen. Er sagte nämlich: „Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus.“ Die Rede von einem „verbesserlichen Sozialismus“ im Zusammenhang mit der von Falcke geforderten „eigenprofilierter Mitarbeit und Initiative von Christen“ paßte nicht in das Konzept der Vertreter einer traditionellen Zwei-Reiche-Lehre und wurde von den Staatsvertretern als „Sozialdemokratismus“, also als ein die Grundlagen des Sozialismus gefährdender Revisionismus zurückgewiesen. Die durch das Referat von Falcke im kirchlichen Bereich ausgelöste Debatte macht deutlich, daß im Blick auf die Bestimmung der uns von Christus gegebenen Freiheit eine Klärung der unterschiedlichen Lehren von den zwei Reichen und von der Königsherrschaft Christi nötig ist. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß sich die traditionelle Zwei-Reiche-Lehre zur nachträglichen theologischen Rechtfertigung einer Anpassung an die politischen Verhältnisse besonders gut eignet und von einigen gerade

deshalb geschätzt wird. Wir werden uns diese Gefahr ganz bewußt machen müssen, damit wir nicht, nachdem wir allmählich frei geworden sind von einer pauschalen Absage an den Sozialismus, uns nun in die Gefangenschaft einer fast bedingungslosen Anpassung begeben. Wir würden dann unserem Staat und der Ökumene nur schaden.

Es bleibt noch ein kurzer Hinweis darauf, wie bei uns die Einheit zwischen Kirchen und Christen verschiedener Konfessionen sichtbar wird. Auch in dieser Beziehung haben wir keine besonderen Erfolge zu melden. Immerhin sind die Kirchen des Bundes der Leuenberger Konkordie beigetreten und haben sich im Zusammenhang damit Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft gewährt. So hat eine Aktion der reformatorischen Kirchen Europas mit dazu geholfen, uns auch in unserem Raum näher zueinander zu bringen. Zwischen den konfessionsverschiedenen Kirchen und ihren Gemeinden kommt es manchmal zu gemeinsamen Veranstaltungen. So spielt die Evangelische Allianz mit ihrer Allianzgebetswoche in den meisten Kirchen des Bundes noch eine große Rolle. Und auch die ökumenische Gebetswoche wird an vielen Orten mit der römisch-katholischen Kirche und den Freikirchen durchgeführt. Gelegentlich kommt es zu guten Kontakten zwischen einzelnen Christen am Arbeitsplatz. Manchmal aber wissen auch die Christen in einem Betrieb gar nicht voneinander, weil sie mit dem Bekenntnis ihres Christseins in der Öffentlichkeit ihres Berufes zurückhaltend sind.

Zu den Kirchen unserer sozialistischen Nachbarstaaten bestehen offiziell nicht besonders intensive Kontakte. Aber es gibt eine ganze Menge von Beziehungen zwischen einzelnen Gemeinden dort und hier und zwischen einzelnen Christen. Im Sommer des vergangenen Jahres kam es in Sagorsk zu einem ersten Lehrgespräch zwischen Vertretern der Russisch-Orthodoxen Kirche und Theologen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Die Ergebnisse machen Mut zur Fortsetzung. Allerdings wäre es gut, wenn auch die Gemeinden in allgemeinverständlicher Art über sie informiert würden.

Fazit: Wir wissen, daß die Einheit der Kirche in Christus vorgegeben ist, aber haben gerade erst angefangen, einander ein wenig besser zu verstehen. So haben wir in Nairobi nicht viel einzubringen. Aber wir hoffen, daß wir für den Dienst der Befreiung und die Gewinnung der von Christus geschenkten Einheit etwas lernen können.